

# Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

erschienen an jedem Werk-  
tag, 12. Auflagen nehmend  
sonntägliche Beilagen  
und Postboten entgegen  
Preis vierteljährlich  
mit Anzeigen M. 4.50  
sonst M. 4.80  
einchl. der Postgebühren  
Monatlich nach Verhältnis  
Nagold-Bezirk für die  
ausfallige Stelle aus  
erhöhter Stelle oder  
deren Raum bei einmali-  
ger Einschaltung 25 Pf.  
bei mehrmaliger, Rabatt  
nach Tarif. Bei gerichtl.  
Beitragung u. Konkursen  
nach Robert Hübner.

Verbreitete Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind daher von  
bestem Erfolg.  
Es wird keine Gewähr  
übernehmen, daß Anzeigen  
überbieten zu bestimmten  
Zwecken eher zu den ge-  
wöhnlichen Werten gelangen.  
In Fällen von höherer Be-  
deutung ist ein Vorbehalt  
über die Stellung über die  
Möglichkeit der Belegung  
für sich selbst, Kostträger  
ist der Besteller zu be-  
achten.  
Telegraphen-Adresse:  
Gefellschaffer Nagold  
Postfachkonto:  
Nagold 5113.

Nr. 30

Freitag den 6. Februar 1920

94. Jahrgang

## Um Deutschlands Ehre.

Die Auslieferungsforderung ist in das entscheidende Stadium getreten. Alle Warnungen, die von Deutschland, von neutralen und sogar von feindlichen Seite an die Entente ergangen sind, wurden von dieser in den Wind geschlagen. Frankreich vor allem besteht auf seinem Schein, und sein noch immer ungeklärter Nachdruck sehr alles daran, um das letzte Bischen deutscher Ehre, das uns der Schmach und Gewalttätigkeiten von Versailles gelassen hat, in den Staub zu treten. Was kümmert es die französische Nachente, wenn infolge des allem Rechtsempfinden ins Gesicht schlagenden Auslieferungsbefehrs in dem wirtschaftlich schwer leidenden Deutschland neue Erschütterungen und neue Unruhen entstehen! Wohl hat Deutschland im heißen Juni 1919 unter dem Zwange der drohenden Kanonen den Friedensvertrag mit all seinen Auswüchsen der Rache und des Hasses unterzeichnet. Es tat dies, weil ihm keine andere Wahl blieb, wenn eine weitere schwere Bedrückung des Volkes vermieden werden sollte. Aber zur selben Stunde, in der die deutsche Regierung die Unterzeichnung des furchtbarsten aller Verträge beschloß, ließ sie keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie zwar den Vertrag nach bestem Vermögen ausführen wolle, um die Ehrlichkeit des guten, friedlichen Willens Deutschlands zu erweisen, daß aber die restlose Erfüllung des Vertrages unmöglich sei. Heute zeigt sich schon, kaum daß der Vertrag recht in Kraft getreten ist, daß dem ehrlichen Willen Deutschlands unüberwindliche Hindernisse in den Weg gebaut sind.

Die monatliche Weigerung des Reichs von Versailles, eine Hand zur Auslieferung Deutschlands an die feindliche Rache zu bieten, und sei es auch nur durch Übermittlung der Rufe der „Schuldigen“ nach Berlin, erscheint uns wie ein letzter, eindringlicher Appell an die Vernunft und die Ritterlichkeit der Entente. Umsofort! Mitterand sagte die Weigerung als eine private Willensäußerung Versailles auf und erklärte, sie werde keine Veränderung oder Störung in der eingeleiteten Aktion zur Folge haben. Die Würfel des Schicksals rollen!

Wir können die Haltung von Versailles nicht als die bedeutungslos private Tat eines Beamten ansehen. Sie erscheint uns vielmehr symptomatisch für die Auffassung des deutschen Volkes. So wie der Einzelne gestern sich weigerte, die Hand zu einer erbärmlichen Schmachung Deutschlands zu bieten, so werden es morgen hundert, tausend u. Millionen andere tun. Aber immerhin muß gesagt werden, daß durch die Weigerung Versailles die Gefahr nicht beschworen ist. Der französische Geschäftsträger in Berlin wird nun das Dokument der Schande der deutschen Regierung übergeben, zur Stunde, in der diese seinen in Druck gehen, hat er dies vielleicht schon getan. Die deutsche Regierung, die in ihrer Note vom 25. Januar, die wir weiter unten abdrucken, eine ungewöhnliche Warnung an den Verband des Hasses hat ergehen lassen, muß das Auslieferungsbefehl entgegen nehmen. Was der Vorsitzende der Friedensdelegation tun konnte, um dann dem Schluß abzutreten, das kann für die Regierung als solche nicht in Frage kommen. Sie kann keine Vogel Strauß-Politik treiben, sondern muß die Gefahr erkennen und dazu ist es nötig, daß sie die ungeheuerlichen Schritte der Entente entgegennimmt, um dann die Abwehrstellung einzunehmen die ihr von Deutschlands letzter Ehre vorgezeichnet wird.

Es geht nicht um das Schicksal der Röhmer, die die Rufe nennt und die doch nichts weiter getan haben, als das, was auf der anderen Seite von Männern des gleichen Ranges und Standes täglich und stündlich auch getan worden ist, es geht um Deutschlands letzte Ehre.

## Deutschlands Warnung und Gegenvorschlag an die Entente.

Die am 25. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Note lautet:  
Die deutsche Regierung hat den Regierungen der a. und a. Hauptmächte anfangs November v. J. die vorläufigen, nicht verbindlichen Folgen dargelegt, die eine Durchführung der in dem Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der a. und a. Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Veranschaulichung dieser Darlegung noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsbefehl der a. und a. Regierungen in Deutschland zweifellos die schwerste Erschütterung nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete auslösen müßten. Insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohlen, zu ergreifen im Begriffe steht, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ernstesten Rückwirkungen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen. In der Aufzeichnung vom 5. November v. J. wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und

praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die a. und a. Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritte der deutschen Regierung erhalten, die erneut ihren ernststen Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen gesetzgebenden Körperschaften einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck abgeschlossene Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1919. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der klaren, durch die Einträge der letzten Woche nur noch verstärkten Ueberzeugung von dem außerordentlichen Ernste der Situation hält es die deutsche Regierung aber für ihre unabweisliche Pflicht in letzter Stunde noch einmal an die alliierten und assoziierten Mächte heranzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland profitlich möglichen Ueberlegung zuzuführen. Sie wiederholt und präzisiert noch einmal den bereits früher zur Erwägung gestellten Weg und gibt demgemäß folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutsche, die ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verbrechen gegen die Geseze und Gebrauche des Krieges schuldig genannt werden, unerbittlich ein Strafverfahren auf Grund des zu überlegenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Geseze, die der Einleitung eines solchen Verfahrens etwa entgegen stehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze und so weiter aufheben. Zuständig für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten oder assoziierten Regierung das Recht eingeräumt sein, an dem Verfahren sich unmittelbar zu beteiligen. Ueber den Umfang dieser Beteiligung würde eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre zum Beispiel eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die Beteiligten alliierten oder assoziierten Mächte dem Verfahren einen Vertreter ihrer Interessen beizusetzen, der selbst wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweismittel vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen sowie überhaupt Anträge zu stellen, und für die Interessen der verurteilten Partei zu plädieren. Allen von den Vertretern gestellten Beweisansprüchen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Von dem Reichsgericht erlassene Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten.

Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege, und nur auf diesem Wege, die den Artikeln 228 bis 230 des Friedensvertrages zu Grunde liegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte dem entgegen auf der Auslieferung der angeklagten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldig fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

## Die Regierung erklärt: Unmöglich.

Berlin, 4. Febr. Die Reichsregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsforderung geschaffenen Lage beschäftigt. Durch die Weigerung des Herrn v. Versner, Note und Liste entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht im Besitz der beiden Schriftstücke, jedoch haben die Beratungen, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfanden, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt der aus der am 25. Jan. in Paris überreichten und inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen Unterzeichnung des Friedensvertrages keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie bei den weiter notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

## Wahret die Würde!

Der Oberbefehlshaber Roste erteilt folgende Kundgebung:  
Die Würde bewahren! So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbefehls der Entente-

regierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch infolgedessen bewahrt wird, daß jede Beistimmung von Mitgliedern der fremdländischen Kommissionen und militärischen Missionen unterbleibt, sodas ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Der Oberbefehlshaber: (gez.) Roste.  
Berlin, den 5. Februar 1920.

## Was die Presse sagt.

Berlin, 4. Febr. Die heutigen Veröffentlichungen der Reichsregierung in der Angelegenheit der Auslieferung von Deutschen an die Entente werden zunächst nur von einigen Abendblättern besprochen. — Der „Vorwärts“ führt aus, die deutsche Regierung könne einen Versuch zur Ausführung der Vertragsbestimmungen nicht unternehmen, ohne den schwersten inneren Kampf zu entfesseln. Einen solchen Kampf könne man aber nur führen, wenn man die Mehrheit des Volkes zur Seite habe. Selbst eine bolschewistische Regierung von der Art der feinerzeitigen Münchener Räteregierung würde sich kaum bereit finden lassen, Deutsche an eine fremde Gerichtsbarkeit anzuliefern. In Deutschland habe man nicht die geringste Lust, eine Katastrophopolitik zu treiben. Eine solche Politik treiben aber diejenigen, die Forderungen stellen, ohne die Folgen zu bedenken, die jeder Versuch ihrer Erfüllung mit sich bringen müßte. Das „Tagblatt“ bemerkt, sage man es jetzt ein, welche ungeheure Torheit es war, den unerfüllbaren Friedensvertrag zu unterzeichnen, und möhin uns die Leute geführt haben, die feinerzeit nicht schnell genug unterzeichnen konnten, ohne den Versuch eines Widerstandes zu machen? Die „Post“ sagt, von Versailles habe aus dem Herzen des ganzen deutschen Volkes heraus gehandelt, wenn er das Schanddokument nicht angenommen habe. Er habe ein Beispiel dafür gegeben, wie jeder Deutsche in dieser Frage zu handeln habe, der Ehre ihm Herzen und sein Vaterland lieb habe. — Der „Volksanzeiger“ legt dar, die Schmach werde vom deutschen Volke nicht getragen werden. Wohl werde es möglich sein, auch in diesem Falle ruhiges Blut zu bewahren, um das Nötige mit Erfolg ins Werk zu setzen. Das Blatt hofft, daß die neueste Tat der Ententemänner die deutsche Regierung nicht unvorbereitet treffen werde. Auf dem Spiele stehe nicht das Einzelschicksal von 900 guten Deutschen, sondern das gesamte Schicksal der deutschen Nation, ihre Ehre und ihre Zukunft. Die „Tägliche Rundschau“ betont, mit dem heutigen Tage habe die Katastrophe angefangen. Wie sie enden werde, sei nicht zu übersehen.

Aus den Morgenblättern liegen noch folgende Nachrichten vor:

Im „Vorwärts“ heißt es, das Kabinett habe einstimmig beschlossen, auf dem Standpunkt der Note vom 25. Januar zu beharren. Diese Note gebe nicht Meinungen wieder, sondern stelle Tatsachen fest, die durch Mehrheitsbeschlüsse nicht geändert werden könnten. Man könne wohl einen Menschen mit vorgehaltener Pistole zum Versprechen zwingen, er werde auf den Mond fliegen, aber man werde ihn auch durch verstärkte Drohungen nicht dazu bringen, dieses Versprechen auszuführen.

Freiherr von Versner habe mit seiner Ablehnung, sich als Exziter in den Scherzgedienste der Entente zu stellen, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, das Einzige getan, was er als deutscher Beamter habe tun können. In dieser Stunde komme es darauf an, ob zum letzten Mal der deutsche Stolz siege über alle Kleinlichkeit, über persönliche und parteipolitische Rücksichten und sich noch einmal wiederfinde in dem geschlossenen Widerstand gegen das Unterfangen der Entente.

Die „Tägliche Rundschau“ ausführt, wird das deutsche Volk vor die härteste Probe gestellt. Es werde aus dieser siegreich hervorgehen, wenn es lieber Niederträgliches leiden als Niederrüchriges tun wolle. An dem festen Willen des ganzen Volkes, sich nicht selbst zu enteignen, müsse der Verhandlungsführer der Entente abprallen.

Die „Germania“ schreibt: Der Deutsche sieht sich heute nicht weniger denn ehelos. Das mag man in Paris wohl bedenken, wenn man zur letzten Entscheidung kommt. Auch der Ententebogen ist nicht gegen die Folgen des Ueberstehens gefeilt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, daß die Reichsregierung seit Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Mittel unversucht gelassen habe, die Undurchführbarkeit der Auslieferung von Deutschen an fremde Gerichte klarzustellen und eine sowohl den tatsächlichen Verhältnissen als auch den berechtigten Interessen beider Teile gerecht werdende Regelung der Angelegenheit herbeizuführen.

## Eine vernünftige englische Betrachtung.

Amsterdam, 4. Febr. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel zu der Frage der Auslieferung der Deutschen, die beschuldigt sind, Kriegsverbrechen begangen zu haben: Man könne nicht verstehen, wie vernünftige und ehrliche Leute anders als mit Besorgnis die Auslieferungsforderung der alliierten Regierungen in der Form, wie sie gemeldet wurde, betrachten könnten. Es seien wirksamste Anzeichen dafür vorhanden, daß die drohende Aktion der Alliierten in Deutschland größere Unruhe erzeuge, als alle anderen Maßnahmen, die der Friedensvertrag mit sich gebracht habe. Das Blatt

nk  
tatt  
bruar 1920.  
ige.  
heute früh 5  
er, Schwieger-  
Ernst  
laffen.  
und Bekann-  
e an  
geb. Ernst  
gerfohn  
interliebener.  
Uhr.  
Febr. 1920.  
ng.  
er Teilnahme,  
leben, unvor-  
schwiegerrmutter.  
el  
twe  
ere dem Herrn  
Berie und dem  
benenden Gesang  
nt ans.  
hliebener.  
4. Febr. 1920.  
g.  
cher Teilnahme  
ten und Vaters  
Steinhauer  
ent teilnahmen  
Herrn Barrer  
hellen Gesang-  
ng sagen bez-  
atin  
beiden Kindern.  
arbeiter =  
besuch.  
Arbeiter auf Möbel-  
inen Hilfsarbeiter,  
etwas an den Wa-  
arbeiten kann, sucht  
Bezahlung  
Fr. Gabel,  
ch. Möbelschreiner.  
Nagold. 565  
00 Mk.  
te Sicher-  
t auf  
m. ca.  
laßt die  
st. 5. Bl.



tritt dafür ein, daß der Gerichtshof aus neutralen Richtern zusammengesetzt werde und daß Männer aller Nationalitäten, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden — und nicht nur Deutsche — vor diesem Gerichtshof zur Verantwortung gezogen werden, denn Deutschland müsse davon überzeugt werden, daß Gerechtigkeit und nicht Rache gesucht werde.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Die ernährungswirtschaftlichen Verhandlungen

In Berlin wurden am Mittwoch seitens des Reichswirtschaftsministeriums in einer Versammlung mit den Vertretern der landw. Körperschaften, des Deutschen Städtebundes, sowie der großen Verbraucherverbände fortgesetzt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Organisation der Lebensmittelwirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr und mit der Festlegung von Mindestpreisen für landw. Produkte, besonders für Getreide und Kartoffeln. Die meisten landw. Vertreter erklärten sich grundsätzlich für baldigste Freigabe aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften Bayerns hob hervor, daß für die süd- und westdeutsche Landwirtschaft eine völlige und sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft durchaus unerwünscht sei. Seitens der nördlichen Vertreter wurde den Produzentengesellschaften volle Rechnung getragen, aber die Unmöglichkeit der Versorgung hervorzuheben, falls jede Bewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Die Stadtvertreter wiesen ferner auf die Gefahren der freien Preisgestaltung hin. Gegen die Freigabe der Kartoffeln wurden von den städt. Vertretern erhebliche Bedenken geltend gemacht. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

#### Der Steuerausfluß der Nationalversammlung

begann mit der Beratung des Entwurfs des Landessteuergesetzes. Reichsfinanzminister Grabberger, der zum ersten Mal nach dem Antritt an der Sitzung teilnahm, erklärte u. a.: Der Auffassung, daß die Gemeinden durch das neue Gesetz bedrückt werden, könne er nicht zustimmen. Andere Wege als die in dem Entwurf vorgeschlagenen gebe es nicht. Der Minister wies bei Hervorhebung der Notlage der Gemeinden und Länder darauf hin, daß nach einem Abkommen die gesamten Kosten der Sicherheitswehr in Zukunft zu 80% vom Reich getragen werden. Der Entwurf stelle im übrigen nur ein Provisorium dar und sei in der vorliegenden Form zunächst nur für die Dauer von 3 Jahren gedacht. Inzwischen werde man Gelegenheit haben, Erfahrungen zu sammeln u. werde späterhin, wenn nötig, Änderungen vornehmen können.

#### Was von Deutschland abhängt.

Amsterdam, 4. Febr. Den englischen Blättern zufolge erklärte der Präsident des britischen Handelsamts, Geddes, in seiner in Plymouth gehaltenen bereits veröffentlichten Rede weiter: Die deutsche Industrie vernichten, diese einen großen Teil Europas bankrott machen und England Märkte nehmen, die bisher einen großen Teil seiner Waren bezogen haben. Wenn Großbritannien die Wiederherstellung Europas verhindert, so würde es in einen Sumpf sinken, aus dem es schwer wieder herausgezogen werden könnte.

### Kleine Nachrichten.

Niel, 4. Febr. Die nach Niel zurückkehrenden Scapa Flow Befehlshaber wurden unter gewaltigen Kundgebungen von der zahlreich versammelten Menge begrüßt. Unter Musik u. Gesang vaterländischer Lieder zogen sie nach der Kaserne.

Mailand, 4. Febr. In Vespredung des Textilarbeiterstreikes in Bergamo sagt der „Corriere della Sera“, daß dieser nur das Vorspiel einer weit größeren Bewegung sei. Am 4. Februar laufe der Vertrag zwischen den Industriellen und den Arbeitern in der Textilindustrie ab und es sei wahrscheinlich, daß die 350.000 Arbeiter in dem Ausstand treten würden, um eine ihnen genehme Lösung durchzusetzen.

Kopenhagen, 3. Febr. Litwinoff erklärte dem hiesigen Steuer-Korrespondenten auf die Frage, ob es richtig sei, daß starke russische Streitkräfte an der polnischen und an der rumänischen Grenze zusammengezogen seien, daß Rußland natürlich militärische Maßnahmen getroffen habe, daß es aber sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und seine Heere zu demobilisieren um zur friedlichen Arbeit zurückzukehren. — Litwinoff sagte hinzu, er könne und wolle sich nicht darüber ausdrücken, ob General Brussilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

Paris, 4. Febr. Nach einer Radiomedung aus Washington soll der neue Schatzminister Houston erklärt haben, er sei wie sein Vorgänger in Bezug auf die Finanzpolitik Amerikas gegenüber Europa auf dem gleichen Standpunkt. Er scheint entschlossen zu sein, keine neuen Anleihen an die europäischen Staaten zu geben, mit Ausnahme derjenigen, die von der Hungersnot bedroht sind. Man glaubt, daß Wilson diese Politik gut heißen wird.

### Bermischtes.

— die neue Rechtschreibung. „gotlib“ singt im „Tag“:

weil kein Schmerz sonst im revir droht,  
schreiben wir jetzt, aus papirnot  
wi aus forschrit und ästret  
neudeutsch streng nach der sonett.  
einmal glü, durch die ferhaften  
tesen kinder zu entlasten;  
doch auch file äirre knaben  
werden davon forteil haben.  
bildungunterschid gerbeicht,  
schreibe jeder, wi er spricht!  
nichts zwingt nun die neuen reichten  
mer, beim schreiben zu erbleichen.  
den kein spätrischer krakeler  
ragt noch ortografische leter,  
da wir doppelkonsonanten?  
der feudale denwokal,  
sistewol, der war einmal!  
schlichtern sing' ich läsern libe,  
dennun cum sezt lischen gl!

gleich den sonstigen größten allen  
muß der große buchstab fallen  
nur von denen, welche schiden,  
sich werden groß geschrieben!

die rechtschreibung folgt wi max  
regeln eigenen geschmack.  
richtschur hügiens, alle bagel,  
sind a. hofman, gustaf nagel.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magold den 6. Februar 1920

**Abkündigung der Lehrerkonferenzen.** Durch eine Verfügung des Kultusministeriums ist im Einverständnis mit der vorläufigen Lehrerkammer angedeutet worden, daß die bisherigen, vorwiegend der beruflichen Fortbildung der Lehrer dienenden allgemeinen und Sonderkonferenzen (letztere für die jüngeren Lehrer) abgekündigt werden. Im Bedarfsfall kann jedoch die Oberschulbehörde die Abhaltung besonderer amtlicher Versammlungen neben der Bezirksschulversammlung anordnen. Die Fortbildung der Lehrer wird der freien Vereinigung in Arbeitsgemeinschaften überlassen, die von der Unterrichtsverwaltung besichtigt und unterstützt werden. Die jährliche Bezirksschulversammlung wird neu geordnet. Der Kreis der zur Teilnahme berechtigten Personen wird erweitert. Aus jeder Schulgemeinde soll mindestens je eines dem Lehrerrat nicht angehörige Mitglied des Ortschulrats anwohnen. Auch solche Personen, deren Berufstätigkeit mit der Volksschule in näherem Zusammenhang steht, eingeladen werden. Die Teilnahme der Öffentlichkeit an dem Stand und der Entwicklung des Volksschulwesens soll dadurch verstärkt werden.

**Telegraphen- und Fernsprekdienst.** Vom 10. Februar an sind die bisherigen Einschränkungen in der Dienstzeit der Telegraphen- und Fernsprechanstalten wieder aufgehoben. Die Dienstzeit bei dem Postamt Magold II vom genannten Zeitpunkt an wieder an Werktagen von 8 Uhr VM bis 9 Uhr RM, bei den Poststationen und Telegraphenstellen von 9 bis 12 Uhr VM und 2 bis 7 Uhr RM.

**Neue Personenwagen.** Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Die württembergische Eisenbahndirektion wird demnächst Personenwagen mit einer neuartigen Anordnung für den Vorkort- und Nachgockelverkehr in Dienst stellen, für den die Einführung des Zweiklassenverkehrs (eine Holzklasse und eine Polsterklasse) geplant ist. Die Einrichtung der letzteren wird der bisherigen 2. Klasse ähnlich sein, die der Holzklasse aber zwischen der heutigen 3. und 4. Klasse stehen oder einer vereinfachten 3. Klasse nahekommen. Die neuen württ. Vorkortwagen sind besonders dafür eingerichtet, daß das für glatte Abwicklung eines Massenverkehrs so wichtige rasche Ein- und Aussteigen und das Ausladen des Pkages im Wagen möglichst erleichtert und geschäftiger Aufenthalt auf den Plattformen ermöglicht ist. Die neuen Wagen kommen an Größe etwa einem neueren zweiklassigen Personenwagen gleich, sie sind mit einem Mittelgang und mit vollständig geschlossenen Plattformen nach Art der D-Zugwagen versehen, haben aber außer den üblichen Eingangstüren an den beiden Enden noch Türen in der Wagenmitte, und zwar die Holzklasse auf jeder Längsseite 2, die Polsterklasse, dem geringeren Fassungsvermögen entsprechend, eine. Die Treppen und Türen der üblichen Bauart an den Vorderenden sind zum Einsteigen bestimmt und tragen darum in großen roten Buchstaben außen die Aufschrift „Eingang“ und innen „Rein Ausgang“. Umgekehrt ist bei den Mittelstüren durch deutliche Aufschriften innen und außen darauf hingewiesen, daß sie zum Aussteigen bestimmt sind. Vielleicht noch wirksamer als durch diese Aufschriften aber dürfte beim Vorkortverkehr die planmäßige Benützung der Ein- und Ausgänge dadurch erreicht werden, daß gegen die Mittelstüren ein geräumiger Platz freigehalten ist, an dem sich stets ein Teil der zu raschem Aussteigen beim nächsten Halt drängenden regelmäßigen Fahrgäste zeitig bereithalten und durch sein Herausstellen den übrigen Aussteigenden den Weg zeigen wird, während die neu zumutenden Reisenden hierdurch auf die anderen Türen hingewiesen werden. Das rasche Ein- u. Aussteigen überdeckt die planmäßige Abfertigung der Güte, insbesondere wenn einmal nach Anlieferung einer genügenden Zahl von Wagen gleicher Bauart ganze Zugausrichtungen aus solchen gebildet werden können. Es wird also zum eigenen Vorteil der Reisenden dienen, wenn sie selbst zu ordnungsmäßiger Benützung der Ein- u. Ausgänge beitragen. Je 2 solcher Wagen, bei der Holzklasse einer für Raucher, der andere für Nichtraucher, sind nahe aneinander gekuppelt, wie dies auch bei der Berliner Stadt- und Ringbahn üblich ist, aber abweichend von diesem Vorbild durch einen kurzen ringum geschlossenen Übergang ohne Türen derart miteinander verbunden, daß die Reisenden auch während der Fahrt gefahrlos von dem einen zum anderen dieser Doppelwagen gelangen können. Daß das Öffnen der Türen der Drehkäufe bei den Ein- und den Ausgängen und der Aufenthalt auf den Trittbrettern gefährlich und darum streng verboten ist, sei besonders betont. Die zunächst in Benützung kommenden Wagen der Holzklasse werden vorerst als 4. Klasse beschildert.

**Aus der Tätigkeit des Kriegswucheramts.** In den Monaten Oktober, November und Dezember 1919 haben die Ueberwachungsbeamten des Kriegswucheramts folgende Mengen an Lebensmitteln und anderem beschlagnahmt: Fleisch u. Wurstwaren 29.151 Kilo, Käse 3.865 Kilo, Butter 2.497 Kilo, Speisefett und Schmalz 15.48 Kilo, Mehl 97.956 Kilo, Grieß 4.249 Kilo, Getreide 172.457 Kilo, Kaffee 106.107 Kilo, Hülsenfrüchte 16.748 Kilo, Kartoffeln 48.356 Kilo, Mohrrüben und Raps 2.428 Kilo, Zucker 2.875 Kilo, Obst 432.789 Kilo, Seife 6.712 Kilo, Tabak 2.089 Kilo, Zigaretten 100.150 Kilo, Ralf 10.950 Kilo, Reiswurstmehl 10.240 Kilo, arborio Zwetschgen 10.000 Kilo, Pfeffer 84 Kilo, Süßstoff 12,75 Kilo, außerdem 5258 Stück Eier, 3.140 Liter Branntwein, 3.787 Liter Wein, weiterhin 5.750 Kilo Leder im Wert von 123.000 M., 219 Stück rohe Häute, 1 Wagon Kalbfelle im Gewicht von 200 Zentnern, 21.800 Stück Zigaretten, 214.340 Stück Zigaretten, 22 Wagon Zuckerrüben, endlich 101 Stück Vieh, 31 Pferde, 2 Maultiere und 868 Stück Geflügel.

**Heiterbach, 4. Febr.** (Fortf. v. Vortrag Vinkenheit.) Zunächst handle es sich darum, wieder geordnete Zustände herzustellen. Wenn manche die Schuld am Zusammenbruch der Revolution zuschieben wollen, so bezeichne er das, ohne

die Revolution entschuldigen zu wollen, als Geschichtsfälschung; denn der Zusammenbruch war tatsächlich schon erfolgt, bevor die Revolution zum Ausdruck kam. Schuld war vielmehr die verfehlte Politik der alten Regierung, die zu spät erkannte, was sie einem Volk, das so viel gelitten und gebüht hatte, schuldet (preussisches Völkrecht). Schuld hatte die militärische Oberleitung, die in Misachtung der tatsächlichen Verhältnisse nicht rechtzeitig zum Frieden gedrängt, mit unglücklichem Resultat die Kriegserklärung Amerikas entgegengenommen und die Friedensresolution der Mehrheitsparteien zu unterdrücken sich alle Mühe gegeben habe. Mit der Uebernahme der Regierung durch die Mehrheitsparteien hätten diese eine fast übermenschliche Aufgabe auf sich genommen, die zu bewältigen geraume Zeit beansprucht. Auch ein Diktator, wie er von manchen Seiten gewünscht werde, wäre nicht imstande, den verfahrenen Staatswagen von heute auf morgen auf das rechte Geleis zu schieben und mehr Brot, Kohle und Rohstoffe zu schaffen, abgesehen davon, daß ein solcher in unserer Zeit gar nicht möglich wäre. Bei den vor einem Jahr vorgenommenen Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung hat wieder die Sozialdemokratie noch eine andere Partei eine absolute Mehrheit bekommen. So sei es das Gegebene gewesen, daß sich die drei Mehrheitsparteien zusammenschließen haben. Doch man auch das Zentrum dazugewonnen habe, sei richtig gewesen, sonst hätte man es in die Arme der Konfessionen getrieben und Anlaß zur Bildung eines schwarz-blauen Bundes gegeben. Die deutsche demokratische Partei habe vermittelnd und die Gegensätze ausgleichend zwischen den beiden anderen Parteien. Dann kam der Redner auf die neue Verfassung zu sprechen, die in fünf Monaten fertiggestellt in kurzen programmatischen Sätzen die Richtlinien aufstelle, nach denen der Aufbau der neuen Staatsordnung in demokratischem Sinne geschehen könne. An Hand von einigen Sätzen und Paragrafen zeigte er den Unterschied derselben gegenüber der alten Verfassung. Schon in der Einleitung komme dieser Unterschied deutlich zum Ausdruck. Es liege uns fern, an eine Sonderblindelei auch nur zu denken. Es sei eine Schande, wenn Umtriebe, wie wir sie in Hall Heim (Bayern) und der U. S. B. (Aberland) in letzter Zeit erlebt haben, vorkommen. Wenn das Wahlrecht bis auf das 20. Jahr herunter ausgebeugt wurde, so habe die Jugend auch die Verpflichtung, sich politisch auszubilden und den Versammlungen mehr Verständnis entgegenzubringen. Von größter Bedeutung für einzelne Berufsstände sei der Satz: „Der landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Mittelstand soll gegen widerliche Ausnutzung zu schützen“. Danach sollen volkswirtschaftlich schädliche Großbetriebe auf dem Wege der Enteignung zum Nutzen des Kleinbetriebs befristet werden. Zum Schluß sagte er noch aus, daß über Deutschland trotz des Scheiterns Geldüberflusses der Schauen der Armut schwebte. Wir hätten nur die Wahl, entweder vollends in den Zusammenbruch hineinzurennen oder durch doppelte Arbeitsleistung und Einschränkung des Verbrauchs auf die Hälfte des Gleichgewichts zwischen Produktion und Verbrauch wiederherzustellen und so den völligen Niedergang zu verhindern. Anschließend verdrückte sich Herr Prof. Bauer: Magold über die Schlußfrage. Um ein einzig Volk von Deutschen zu werden, müssen wir lernen in e r s t e r L i n i e Deutsche zu sein, nicht Evangelische oder Katholiken, Arbeiter oder Bauern, Arme oder Reiche. Ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die Einrichtung der Grundschule und der Simultanschule. So könnten die sozialen und konfessionellen Gegensätze am besten ausgeglichen werden. In betreff der Simultanschule trat er der Ansicht entgegen, als ob man den Religionsunterricht aus der Schule entfernen wolle. Derselbe werde nach wie vor teils von Geistlichen, teils von den Lehrern erteilt. Nur soll kein Zwang ausgeübt werden. Herr Notar Kraus schloß die Versammlung, indem er im Namen der hiesigen Ortsgruppe der D. D. V. den beiden Rednern für ihre interessanten und wertvollen Darlegungen dankte.

**Wittberg, 6. Febr.** Am Sonntag, 15. Febr., findet hier im Schwarzwalddraufhaus der diesjährige Gantag des Magold-Zugausbaus statt.

### Aus dem übrigen Württemberg.

#### Die Neuordnung des Volksschulwesens.

**Stuttgart, 4. Febr.** Die Selbstverwaltung der Volksschule und die kollegiale Schulleitung wird durch eine Verfügung des Kultusministeriums eingeleitet. An allen Schulen mit drei und mehr Lehrern wird anstelle des Lehrerkonvents der Lehrerrat treten, dem eine Reihe von wichtigen Befugnissen zugewiesen ist. Sie betreffen die innere Selbstverwaltung der Schule. Die Ausführung der Maßnahmen steht dem Schulvorstand zu. Alle hauptsächlich an der Schule beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen sind stimmberechtigte Mitglieder des Lehrerrats, die Religionslehrer haben bei Abstimmungen über Gegenstände ihres Unterrichts das Stimmrecht. In großen Gemeinden wird ein Gesamtlehrerrat gebildet. Der Schulvorstand hat die unabhängigen Lehrer zu beraten und zu unterstützen, Unterrichtsbesuche und Eingriffe in die Unterrichtstätigkeit der ständigen Lehrer stehen ihm nicht zu. Der Schulvorstand wird unter angemessener Mitwirkung der Lehrer bestellt. Schulen mit acht und mehr Klassen erhalten den Vorstand auf Grund eines Vorschlags des Lehrerrats durch die Oberschulbehörde zugewiesen. Sie wird den Vorschlag in der weitüberwiegenden Zahl der Fälle berückichtigen. Ebenso wird vom Gesamtlehrerrat der großen Gemeinden der dienstälteste Schulvorstand in Vorschlag gebracht. Diese neuen Maßnahmen bedeuten noch nicht die reine Wahl des Schulvorstandes durch den Lehrerrat oder seine Bestellung auf Zeit, aber dennoch einen Riesenschritt im Ausbau der Selbstverwaltung der Schule. Eine weitere Verfügung regelt die Dienstaufgaben des ersten Lehrers in zweiklassigen Schulen.

#### Die Baustoffnot.

**Stuttgart, 4. Febr.** Angesichts der Notlage auf dem Baustoffmarkt und der dauernden Erfolglosigkeit aller Proteste in Berlin dürfte für Württemberg zur Befreiung der Baustoffnot nur die Selbsthilfe in Betracht kommen. Zum Ralf- und Gipsbrennen gehören nicht unbedingt Kohlen. Die Verluste mit Postdionenschiefelbrand haben schon längst Ergebnisse gezeigt. Entweder indem dem brennbaren Schiefer der Ralf direkt zugesetzt wurde, oder indem man sich eines





Beihilfensatzung; von erfolgt, bevor und war vielmehr die zu spät erlitten und gebietet und hatte die mit der tatsächlichen gedrängt, mit ungen Amerikas emitten der Mehrheitsgegeben habe die Mehrheitsliche Aufgabe auf Zeit beanspruchte Seiten gewünscht, einen Staatswagen zu schreiben und abgeben dach nicht möglich wäre. Wahlen zur weber die Sozialabsolute Mehrheit den, das sich die nützlich geüben, wationen getrieben einen Blokes gegen vermittelnd und einen andern Barer Verfassung zu in kurzen prole, nach denen in demokratischem inigen Sägen und erleiden gegenüber itung konnte die- liege un so fern, ten. Es sei eine all Heim (Wagern) Zeit erliche haben, auf das 20. Jahr Jugend auch die no den Verlanmen. Von größer der Satz: „Der nische Mittelstand schülen“. Danach lebe auf dem Wege s befähigt werden. Deutschland trotz n der Armut wender vollends in er durch doppelte Verbrauchs auf die von und Verbrauch Niergang zu ver Prof. Bauer n „einig Volk von n erster Linie oder Katholiken. Ein Mittel zur der Grundschule ogialen und tonischen werden. In schicht entgegen, als Schule emfernen is von Geistlichen, kein Zwang ausge die Verammlung, uppe der D. D. B. ten und wertvollen

15. Febr., findet grige Gautag des

temberg.

ulwesens.

waltung der Volks- rd durch eine Ver- n allen Schulen des Lehrerkonvents a wichtigen Befug- unere Selbstver- Maßnahmen steht ch an der Schule b stimmberechtigte nlehrer haben bei s Unterrichts das d ein Gesamtlehrer- unfähigen Lehrer tsbesuche und Ein- ligen Lehrer stehen unter angemessener mit acht und mehr d eines Vorschlags e zugewiesen. Sie nden Zahl der Fälle lehrerrat der großen is in Vorschlag ge- ten noch nicht die den Lehrerrat oder einen Riesenschritt hule. Eine weitere s ersten Lehrers in

er Notlage auf dem siglosität aller Pro- zur Befestigung der acht kommen. Zum unbedingte Kohlen haben schon längst brennbaren Schiefer abem man sich eines

mehrfachen Ofen bedient und den Kalk durch die abge- langte Hitze des brennbaren Posidonienschiefers brennt. Eine Aktiengesellschaft zu diesem Zwecke ist in jüngster Zeit ge- gründet worden. Wenn unsere einheimischen Vaugeschäfte Initiative und Unternehmungslust zeigen würden, indem sie sich einige Genossenschaftswerte an geeigneter Stelle erstellen, könnte in ganz kurzer Zeit der Kalk- und Gipsmarkt abgehoben sein. Die Einrichtung ist so einfach, daß dies auch in der jetzigen Zeit möglich ist. Maschinen sind ebenfalls sicher zu haben, denn die württ. Zementfabriken kommen nie wieder alle in Gang. Dafür sorgt Berlin und Paris. Es sei be- sonders betont, daß es sich hier nicht um Verluße handelt, sondern um längst bekanntes Wissen. Der Posidonienschiefer fällt allerdings unter das Vergeßte. Da aber die württ. Bergdirektion wiederholt zugestimmt hat, daß ohne weiteres Abzügen zu solchen Zwecken zu haben seien, so muß sich eben die Bauindustrie auf sich selbst stützen und sich nicht nach fremder Hilfe umsehen. Das zum Bauhaus erforderliche Holz haben wir in Württemberg ja reichlich. Es ist nur zu ver- hüten, daß es durch die von der Forstdirektion zu allen Holz- versteigerungen besonders herbeigerufenen auswärtigen Händler ausgeführt wird. Unser Holz geht weg und fremde Händler bereichern sich damit. Es ist zwar vor kurzer Zeit ein Erlass des Arbeitsministeriums betr. Kontrolle der Holz- ausfuhr erschienen, leider aber hat der Ausschuss, der die Grundzüge aufstellen sollte, und dessen Vorschlag die Forstdirek- tion über, sich noch nicht festgelegt. Er wird sich, auch, so- lange die württ. Forstdirektion den Vorschlag über, zu den un- bedingt notwendigen Entschlüssen nicht durchbringen können. Die Sitzungen fanden, soweit uns bekannt ist, nur ganz un- regelmäßig und viel zu selten statt. Was in einer Sitzung beschlossen wurde, dürfte wahrscheinlich in der nächsten Sit- zung wieder aufgehoben worden sein, denn bis heute ist auf der Eisenbahn ein Nachlassen der Holzaußfuhr nicht zu sehen. Im Gegenteil, die Holzaußfuhr scheint stärker als je zu sein! Der Holzverkauf geht flott vor sich und zwar ohne, daß die württ. Holzhändler einen besonderen Vorteil davon hätten, da wir in Württemberg nur wenig direkt an den Verbraucher liefern. Es muß gefordert werden, daß dieser Ausschuss nicht unter dem Vorwand eines Interessenten tagt, sondern daß ein neutraler Vorsitzender die Verhandlungen leitet und daß auch das Bauhandwerk sich und Stimme bekommt. Soweit überhaupt Holzaußfuhr in Frage kommt, sollte sie nur gegen Kohlen genehmigt werden. Will Berlin, das uns vollkommen im Stich läßt, darauf nicht eingehen, so gehen die Saar- gruben, in denen außerordentliches Holzmaterial herrscht, umso sicherer auf einen beträchtlichen Vorrat hin. Das System, daß die Forstdirektion, um für sich Holzpreise zu erzielen, und die „Konjunktur“ auszunützen, ihr eigenes Land ruinirt, muß unbedingt aufhören, und hört auch auf, wenn der Aus- schuss die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Nur durch seine Tätigkeit kann auch der Privat- und Gemeindevwald, der direkt nur schwer zu fassen ist, zu Leistungen herangezogen werden. Grundriß müßte sein: Reinerlei Ausfuhr aus Württemberg solange nicht zu billigem Preis entsprechende Mengen Bauholz für einheimische Bauten angefertigt werden. Also Kalk, Gips und Holz nebst etwas Kohlen wären zu be- schaffen und damit eine Befestigung der Baustoffnot möglich.

Stuttgart, 5. Febr. Die hungernden Kinder aus Wien, die in Württemberg Aufnahme finden sollen, werden am 12 oder 13. Februar hier ein treffen.

Gödingen, 6. Febr. Hier wurde am letzten Sonntag ein Turnverein gegründet. Zum Vorstand wurde H. B. Büchel, zum Turnwart Briesinger Weising und Goldard Teufel zum Kassier gewählt. Der Turnverein Nagold hat bei der Gründung des Vereins mitgewirkt und einen Grund- stück für die Kasse beigesteuert.

Herrenberg, 4. Febr. Wegen der sich immer mehr ausbreitenden Maul- und Klauenseuche wird der am 17. ds. Mts. in Herrenberg fällige Viehmarkt nicht abgehalten. Dagegen findet der Schweinemarkt statt.

Freudenstadt, 5. Febr. Die kürzlich stattgefundene Amtsoberprüfung bewilligte der hiesigen Stadtgemeinde einen Beitrag von 25% zur Anschaffung einer Autoferen- spritze u. einer Wadelmaschine, deren Gesamtkosten auf 140 000 M. veranschlagt sind. Dem Antrag auf Beistand der Amtskörperschaft zum Bezugsverband Heimbach Kraftwerk wurde zu- gestimmt. Die auf die Amtskörperschaft Freudenstadt ent- fallenden Planbearbeitungskosten werden auf 30 000 M. geschätzt.

Wildbad, 4. Febr. Nun haben wir es hier auf 5 Ge- langverweise gebracht, schreibt der „Enstalbote“. Wie man hört, wollen der sog. Verein, die U.S.P., die D.D.P., sowie der Fußball-Club, der Geflügelklub, der Wirt- und Schützen- verein ebenfalls Sängerkabarets in ihren Vereinen bilden. Selbst einige Schieber und Schmutzler hielten Besprechungen darüber, einen Gesangsverein „Schied“ zu gründen. In der „Linde“ waren einige Herren beisammen, die in den nächsten Tagen einen Aufruf erlassen werden zum Eintritt in den Gesangsverein „Nummer 13“. Da soll noch einer sagen, in Wildbad sei es im Winter langweilig und man verstehe hier das Wort nicht. „Einigkeit macht stark!“

Neuhausen a. F., 4. Febr. Am 22. Januar wurde auf dem Feldweg nach Unterföhringen die 17 Jahre alte Lucie Balluff von einem unbekannten Mann zur Abgabe von 10 M. Bargeld und einem Paar Handschuhe gedrängt. Als sich dann das Mädchen blühtere, schob der Erpresser der fliehenden wiederholt nach. Die Staatsanwaltschaft Sigmaringen erläßt nach dem etwa 24 Jahre alten Unbekannten ein Fahn- dungsgewaltsschreiben.

Altschulhaus, 4. Febr. Die zweitälteste Tochter des Herzogs Albrecht von Württemberg, Herzogin Maria Theresia, folgte ihrem Bruder Herzog Carl Alexander, der in das Benediktinerkloster Beuron vor etwa Jahresfrist eingetreten ist, nach. Sie ging in das Benediktinerinnenkloster in Eßlingen bei Radesheim. Herzogin Maria Theresia ist am 16. August 1898 geboren.

Handels- und Marktberichte.

Von der bayerischen Grenze, 4. Febr. (Wahrsunnige Holzpreise). Bei der Holzversteigerung des Forstamts Güns- burg wurden ungeheure Holzpreise erzielt. Für einen Eichen- holzstamm, der knapp 2 Kubikmeter hielt, wurden 10 000 M. geboten und bezahlt.

Crautheim, 3. Febr. Pferdemarkt. Dem heu- tigen Pferdemarkt wurden rund 200 Pferde zugeführt. Der

Handel ging lebhaft. Für zweijährige Fohlen wurden 6000 bis 9000 M. für Arbeitspferde 4—12 000 M. bezahlt. Ein Paar Fuchswallachen wurde zu 29 500 M. abgesetzt. Für ein außerordentlich schönes Tier wurden 17 300 M. gefordert. Der Gesamtumsatz wird auf 600 000 bis 700 000 M. geschätzt. Bei der Fohlenprämierung wurden 7 Preise im Gesamtbe- trag von 350 M. verteilt. Der überaus zahlreiche Besuch des Marktes kam außer den Wirtschaftsinhabern auch vielen Geschäftleuten sehr zu Nutzen.

Baumwollversteigerung in Bremen. Am 27. Jan. begann in Bremen die Versteigerung der vom Reichswirt- schaftsministerium zur Verfügung gestellten Bestände an Baumwolle, Baumwollabfällen und Linters. Die Versteige- rung war sehr stark besucht mit rund 400 Käufern, Baum- wollspinnern aus allen Teilen des Reichs. Ausländer wurden von der Versteigerung ausgeschlossen. Die mit 35 M. ange- setzte Baumwolle sprang bis auf 80 M. und höher. Amerik. Baumwolle erzielte je nach Qualität 91—108 M. pro Kilo, indische 50—81 M. Kurzzeit werden ägyptische Baumwoll- waren versteigert, die bereits 37.74 M. erzielt haben. Ob es besonders klug ist, in jetziger Zeit Baumwollwaren zu ver- steigern, statt der Bevölkerung billige Waren zur Verfügung zu stellen, ist recht zweifelhaft. Denn solche Versteigerungen wirken in vollem Maße preistreibend auf den ganzen Handel.

Washington, 3. Febr. (Reuter). Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Europa im Jahre 1919 erreichte einen Wert von 5186 Millionen Dollar, wovon auf England 2259 Millionen, auf Frankreich 893 Millionen, auf Italien 443 Millionen und auf Deutsch- land 92 Millionen entfielen. Die Einfuhr von Europa betrug 751 Millionen Dollar. Davon entfielen auf England 309 Millionen, auf Frankreich 124 Millionen, auf Italien 59 Millionen und auf Deutschland 11 Millionen.

Familiennachrichten.

Stadt Nagold.

Geburten: 2. Jan. Otto Reber, Eisenbahnaufw., 1 Sohn; 3. Jan. Rati Reuz, Seifenfabrikarbeiter, 1 Sohn; 7. Jan. Hermann Blum, Schreiner, 1 Sohn; 16. Jan. Wilhelm Schweikle, Wädrermeister, 1 Sohn; 19. Jan. Gottfried Roth, Weidenwädrermeister, 1 Sohn; 19. Jan. Hermann Raaf, Gärtnereibesitzer, 1 Tochter; 20. Jan. Julius Hauber, Tapezier- meister, 1 Sohn.

Eheschließungen: 10. Jan. Bins Bestie, Zwi- frankenwädrer und Karoline Luise Schühle geb. Garr Wdw.; 17. Jan. Emil Röll, Schreiner und Anna Brünning; 24. Jan. Wilhelm Maier, Oberbrauer von Mannheim und Sofie Maier von hier.

Sterbefälle: 6. Jan. Karl Friedrich Reuz, Seifen- fabrikarbeiters Sohn, 3 Tage alt; 29. Jan. Rati Erwin Reibhammer, Wädrerschuppenarbeiters Sohn, 3 Monate alt. Auswärtige: 16. Jan. Johann Georg Graf, Maurer in Oberjettingen, 46 Jahre alt; 23. Jan. Sofie Morlok geb. Müller, Wädrers Ehefrau in Mödingen, 47 Jahre alt; Julius Reispach, Metzger und Gemeinderat, 49 Jahre alt, Gutingen; Maria Anna Fischer Wdw., 75 Jahre alt; Friedrich Bölle, Amierhändler, Delscheldronn.

Auswärtige.

Theodor Reber, Sattlermeister, 70 Jahre alt, Hoch. Eberhard Hofen, 72 Jahre, Veteran von 1870/71, Seebromm. Georg Fern, Bäcker, 42 Jahre, Erggrube.

Legte Nachrichten.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 5. Febr. In einer Besprechung von Funktionen der Mehrheitssozialisten wurde gestern abend mitgeteilt, daß die Einberufung der Nationalversammlung durch die Reichsregierung erfolgen werde, falls die Entente auf ihrer Forderung besteht.

Krise in der Reichsregierung?

Berlin, 5. Febr. Der „Volkswacht“ meldet, daß eine Krise in der Reichsregierung eingetreten sei. Mit dem Rück- tritt mehrerer Minister sei zu rechnen.

Die Haltung der Neutralen in der Auslieferungsfrage.

Basel, 5. Febr. Wie die „Information“ aus politisch uninteressierten Kreisen der Schweiz erzählt, teilen sowohl die Schweizerische wie die skandinavischen Regierungen in der Frage der Auslieferung des Grafen den Standpunkt Hol- lands. Zwischen den neutralen Staaten finde schon seit Monaten ein lebhafter Meinungsaustrausch über die Stellung- nahme aller Neutralen gegenüber dem Auslieferungsbortragen der Alliierten statt.

Die Grippe in Essen.

Berlin, 6. Febr. Laut „Vol. Anz.“ hat in Essen die Grippe stark zugenommen. Gestern wurden 10 Todes- fälle gemeldet.

Milchrieg auch in England.

Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des Vol. Anz. aus dem Haag ist in England ein Milchkrieg ausgebrochen, da die Milchhändler beschlossen haben, den von den Milch- erzeugern geforderten Preis von 2 Schilling 11 Pence für die Gallone nicht zu bewilligen.

Die Stimmberechtigten in Nordschleswig.

Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des Vol. Anz. sind es 1009 745 Stimmberechtigte, die am Dienstag in der ersten Zone über die Zukunft Nordschleswigs entscheiden können.

Eine ganze Stadt vom Sturm vernichtet.

Berlin, 6. Febr. Wie dem „Vol. Anz.“ aus Sibiry be- richtet wird, ist in Nord-Lauenland die Ortschaft Chit- lagon durch einen Orkan hinweggefegt worden. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer.

Heißer Protest gegen die Auslieferung des Großherzogs.

Darmstadt, 6. Febr. Finanzminister Heinrich u. Justiz- minister v. Brentano, letzterer zugleich als Führer der Zen- trumspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei haben zum Teil in Unterredungen, zum Teil in öffentlichen Kundgebungen Erklärungen abgegeben, in denen sie gegen das wahnwitzige Verlangen der Ausliefe- rung des ehemaligen Großherzogs von Hessen energischen Einspruch erheben.

**Die Valutenkrise.**  
Haag, 6. Febr. „Telegraph“ meldet aus London, daß die Unruhe über das weitere Sinken des Ste- lingskurses in den Vereinigten Staaten von Amerika in London von Tag zu Tag zunimmt.

Rotterdam, 6. Febr. Wie der Rieuwe Courant aus Washington meldet, erklärte Senator Thomas im Senat, der Tiefstand der ausländischen Währung bedrohe die amerika- nische Ausfuhr mit dem Untergange. Thomas kündigte an, daß er nächste Woche einen Antrag betreffend die Schaffung eines Ausschusses um den Wechselkurs ins Gleichgewicht zu bringen, unterbreiten werde.

**Der Völkerbund.**  
London, 6. Febr. (Havas.) Die zweite Session des Völkerbundes wird am 11. Februar in London unter dem Vorsitz von Leon Bourgeois eröffnet werden. Zum Vor- sitzenden des Bureaus dürfte Balfour ernannt werden. Die Frage des Saargebiets und die Frage betreffend Danzig werden behandelt und entschieden werden. Die Session wird 3 Tage dauern.

**Amtliche Kurse**  
mitgeteilt von der  
Bankhaus Baer & Co., Karlsruhe i. B.

3% Kriegsanleihe	77 1/2	Wägrn. El. Wkt.	330
4% Württemberg	79	Bachschicht	180
4% Bad. Eisen. Kgl.	79	Nordb. Lloyd	193
3 1/2% da. cons.	85	Phönix	300
4% Bayern	7v	Bad. Anilin u. Soda-Wkt.	605
		Deutsche Kalk-Wkt.	405

Doppel Schweiz 100 Franken = M 1700  
Holland 100 Gulden = M 8700

**Bankhaus Baer & Co., Karlsruhe i. B.**  
Erledigung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.  
Kostenlose Auskünfte über finanzielle Angelegenheiten.

**Amtliche Bekanntmachungen.**  
Ausschankpreise für Wein.  
Baut Verfügung des Ernährungsministeriums über Wein vom 30. Januar 1920 — Staatsanzeiger Nr. 25 — tritt zu dem in Nr. 230 des Staatsanzeigers vom 8. Oktober 1919 beauftragten Höchstpreis beim Verkauf von Wein der Ernte 1919 ein Zuschlag von 150 M. für den Eimer.  
Ebenso sind die Ausschankpreise für Wein und Wein- sowie für Wein früherer Jahrgänge und außer württembergi- schem Wein geändert worden.  
Die Ortsbehörden werden ersucht, für ortsobl. Be- kanntmachung der Verfüg. vom 31. v. Mts. einschl. der im nichtamtlichen Teil des Staatsanzeigers Nr. 25 ver- öffentlichten Erklärungen zu sorgen.  
Es dürfte sich empfehlen, die Interessenten zur sofortigen Einsichtnahme der Verfügung aus dem Rathaus einzuladen. Den größeren Gemeinden des Bezirks werden übrigens noch Sonderabdrucke angebe.  
Die Interessenten werden auf die Wichtigkeit der Verfügung besonders hingewiesen.  
Nagold, den 5. Februar 1920. Oberamt: Müllg.

**Beschäftwesen.**  
Die Zentralstelle für die Landwirtschaft weist darauf hin, daß das wilde Beschälenslassen der Pferde durch nicht pa- tentierte Privatthengste seit dem vorigen Jahr in erhöhtem Maße betrieben werde. Darunter leidet die Förderung ziel- bewusster Pferdezüchtung außerordentlich.  
Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, gegen die Ver- wendung von Privatzüchtern, für die nicht ein ord- nungsmäßiges Zeugnis über Zuchttauglichkeit (Beschälpatent) vorliegt, auf Grund des § 10 ff der Beschälordnung in Verbindung mit Art. 38 Pol. Str. Ges. einzuschreiten.  
Nagold, den 4. Februar 1920. Oberamt: Müllg.

**Bestellungen auf Geflügel-Weichfutter**  
zu ca. 45 Pfg. per Pfund  
Kühen beim Nahrungsmittel- ant gemacht werden. Probe liegt vor.  
Nagold, 3. 2. 1920.  
Städt.-Amt.

**Suche sofort eine gute Milch- Kuh**  
Vochtschling oder neuemilchig zu kaufen. Offerten mit Alters- u. Preisangaben unter D 561 an die Geschäftsst. d. Gef. einzulenden.

**Frauen**  
verwendet bei Beschäftigen und Schwestern von Ungeheuer  
Möllers 453  
Tropfen  
Heller 10 Mark  
besten Postrezept  
Mif. Rauh  
Schmerzmittel  
Medico  
Kürberg  
Karlsruhe, 47.

**Lehrverträge**  
empfiehlt  
G. W. Zaiser, Nagold.

**Sommersprossen — weg!**  
Teile jedermann unentgeltlich mit, wie ich meine Sommersprossen beseitigte.  
Frau Martha Simon, Frankfurt a. M., M. 10  
Schleifach 53.

**Tertausgaben der neuen Steuergesetze**  
vorkünftig bei  
G. W. Zaiser, Buchhdlg. Nagold.



# Werk- u. Rohstoff-Genossenschaft Hailerbach

e. G. m. b. H.

## I. Generalversammlung

findet am Sonntag, den 15. Februar 1920 nachm. 1/2 8 Uhr im Gasthaus zum „Girsch“ hier statt wozu die Genossen eingeladen werden.

### Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht pro 1919.
2. Entlastung des Vorstands.
3. Beschlusfassung über Gewinnverteilung.
4. Verschiedenes.

Der Rechenschaftsbericht ist im Geschäftslokal zur Einsichtnahme der Genossen aufgelegt.

Hailerbach, den 4. Febr. 1920

Vorstand: Aufsichtsrat:

575 R. Raupp, Direktor. Fr. Schuler, Vorsitzender.

### Ebhausen.

Bringe folgendes zum Verkauf:

**2 schöne vollständige Betten**  
für Brautleute passend.  
**1 einzelnes Bett, 1 schöne pol. Kommode, 1 neuen grünen Plüschdiwan, Friedenswarz, darunter ein ein- 2 Schränke, tischer, sowie Tisch u. Sessel.**  
**Albertine Barth z. Linde.**  
Telefon 18.

### Möhlingen.

**2 Braunwallache,**  
5- und 6-jährig, 1,72 Mtr. groß,  
liegt unter jeder Garantie dem Verkauf aus  
**Johannes Hiller.**

Verkaufe 2 gute  
**Milch = Ziegen**  
**Johannes Kübler.**

**2 Gockel u. 8 Hennen**  
Ihr Brut, gut im Futterzustand, nur wegen Platzmangel abzugeben gegen Höchstpreis an die Gesch. stelle des Blattes unter E. 577.

## F.C.N.

Samstag 1/2 8 Uhr 593  
**Monats-Versammlung**  
Schwanen-Seal.  
Tagesordnung: Platzfrage, Generalversammlung usw. Wichtiges Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

## Verloren

ein Mittwoch abend ein **Wagnisch** (Herdeteppich), von Nagold bis Altensteig. Abzugeben gegen Verlobung an Wehger Brenner beim „Waldhorn“ Altensteig.  
Suche auf 1. oder 15. März ein möbl. und ein unmöbl.

## Zimmer

mit elektr. Beleuchtung zu mieten. Wenn möglich, in einanderlaufende Zimmer.  
Angebote mit Preisangabe an Eugen Haller, Ravensburg, Kapuzinerstr. 2. 580

## Wittberg.

Am Samstag den 7. Febr., nachmittags 1 Uhr verkauft die Unterzeichnete in ihrem Wohnhaus einen leichten **guterhaltenen Leiterwagen.**

576 Friederike Ungericht.

## Landw. Anzeigen

10-30 Morgen, für sich alleinstehend an feiner Fahrstraße gelegen mit leb. und tot. Inventar, vorhandener Elektrizität zu annehmbarem Preise bei baldmöglich. Übernahme von Landwirt zu kaufen gesucht.  
Angebote mit genauer Beschreibung, Verkaufspreis, verlangter Anzahlung mit F. 578 an die Geschäftsst. d. Bl. (Es kann auch n. Mühle oder Erde m. Landwirtschaft sein.)

mit guter Schulbildung, der Lust hat, das Malerhandwerk zu erlernen. 589  
**Hermann Jäger, Malermstr. Nagold, Leonhardstr. 366.**

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Waldschütz Bohnet, Ipfelshausen.

Verkaufe eine guterhaltene **Zweispänner**  
überall erhältlich

## Aufklebadressen

empfiehlt  
**G. W. Zaiser, Buchhdlg.**

# Vereinigung der Kriegsteilnehmer Nagold.

## Generalversammlung

am Samstag, den 7. Februar 1920 abends 1/2 8 Uhr im Traubensaal.

- Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht, 2) Kassenbericht, 3) Anträge, Verschiedenes, 4) Neuwahlen.

Wünsche usw. zu Ziff. 3 wollen spätestens bei Beginn der Versammlung beim Vorsitzenden angebracht werden. Anschließend Verteilung von Rauchwaren zu ermäßigten Preisen. Vollzähliges Erscheinen erbeten.

584 Der Aussch.

## Klein-Bottwar-Hailerbach.

## Hochzeitseinladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns, Verwandte, Freunde und Bekannte auf **Samstag, den 7. Februar 1920**

in das Gasthaus z. „Sonne“ in Hailerbach freundlichst einzuladen. 551

**Gottlob Ehen** ⚭ **Marie Gutekunst**  
Rittermeister ⚭ Tochter des  
Sohn d. Christoph Ehen ⚭ Johannes Gutekunst  
Bauer und Weingärtner ⚭ Schuhmachermeister  
Klein-Bottwar ⚭ Hailerbach O.M. Nagold.  
O.M. Marbach.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr.  
Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

## Hochdorf.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Dienstag, den 10. Februar 1920**

im Gasthaus z. „Traube“ in Hochdorf stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

**Friedrich Walz** ⚭ **Emma Jedele**  
Bauer, Sohn des ⚭ Tochter des  
Ang. Walz ⚭ Friedr. Jedele,  
Weber. ⚭ Steinhauer.

581 Kirchgang 11 Uhr.  
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

## Malerlehrling!

Suche aus Frühjahrs einen kräftigen **Jungen**

mit guter Schulbildung, der Lust hat, das Malerhandwerk zu erlernen. 589  
**Hermann Jäger, Malermstr. Nagold, Leonhardstr. 366.**

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Waldschütz Bohnet, Ipfelshausen.

Verkaufe eine guterhaltene **Zweispänner**  
überall erhältlich

## Aufklebadressen

empfiehlt  
**G. W. Zaiser, Buchhdlg.**

# Herzliche Einladung.

Vom 8. bis 15. Februar finden im **Gemeindehaus in Ebhausen** **Evangelisationsvorträge**

statt, (Strauß-Liebenzell) wozu jedermann freundlich eingeladen wird. 522  
**Sonntags: Nachm. 2 1/2 Uhr, abends 1/2 8 Uhr.**  
**Werktags: „ 2 „ „ 1/2 8 „**

## Hailerbach.

## Wirtschafts-Eröffnung und Geschäfts-Empfehlung.

Einer verehrl. Einwohnerschaft von Hailerbach und Umgebung teile ich hierdurch ergebenst mit, daß ich den von mir künstlich erworbenen

**Gasthof zum „Löwen“**  
mit Warengeschäft

am Sonntag 8. Februar mit **Konzert der hiesigen Stadtkapelle** eröffnen werde.

Es wird mein Bestreben sein, eine mich beachtende Kundschaft auf das Sorgfältigste und Gewissenhafteste zu realen Preisen zu bedienen. Genaugem zahlreichem Zuspruch lebe ich gerne entgegen. 582

Hochachtungsvoll

## Friedrich Schuler.

Ruhiger Herr sucht per sofort oder später ein gut möbl., größeres helles und heizb.

## Zimmer

mit elektr. Beleuchtung in gutem Privathaus zu mieten. Wenn mögl., mit voller Pension, aber nicht Bedingung. Offerten mit Preisangabe unter E. A. 579 zur Weiterbef. an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

## Schreinermeister

Spezialisiert auf,  
indem Ihr nur einen, höchstens zwei Artikel, in allerhöchster Form in Eiche roh, innen Buche roh, jedoch in guter Ausführung bei Verwendung von gut getrocknetem Holz liefert.  
**Schränke 140 und 160 cm breit**  
**Bettstellen 200/100 cm**  
**Wachsmöbeln 105/55 cm**  
**Nachtische, alles ohne Glas.**  
Genaue Angaben der Adressen unter gleichzeitiger Angabe, welcher Artikel und wieviel ungefähr monatlich geliefert wird. Angebote unter „Schlafzimmermöbel 382“ an den Verlag des Gesellschafters.

## Arbeiter = Gesuch.

Zwei Arbeiter auf Möbel, sowie einen Hilfsarbeiter, der auch etwas an den Maschinen arbeiten kann, sucht bei guter Bezahlung  
**Fr. Gabel,**  
560 mech. Möbelschreinerz.

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573

## Warnung

Hierdurch warne ich Jedermann vor der Weiterverbreitung des mich und meine Frau betreffenden völlig unwahren Gerüchtes, da ich gegen den Urheber und Weiterverbreiter der Unwahrheit sonst gerichtl. vorgehen werde. 573